

1988 wurde der deutschsprachige Gerichtsbezirk geschaffen. Die bezogenen Räumlichkeiten am Rathausplatz galten damals als Provisorium. Der erste Gerichtspräsident Leo Stangherlin und sein Nachfolger Rolf Lennertz haben dicke Bretter bohren und sich in Geduld üben müssen, ehe das grüne Licht aus Brüssel für den neuen Justizpalast kam, der den Mitarbeitern nun zeitgemäße Arbeitsbedingungen bietet.

Drei Projekte wurden gänzlich verworfen: eines neben dem Friedhof, das dem Urbanismus zu weit von der Straße entfernt war, eines auf dem Kneipp-Gelände, wo die Stadt Eigenbedarf anmeldete und gerade ihren neuen Verwaltungssitz errichtet, sowie eine Vorstudie für das Bushof-Gelände an der Aachener Straße, das sich aber schnell als zu klein erwies.

2007 wurde dann der vierte und schlussendlich erfolgreiche Anlauf am Rathausplatz gestartet. 2010 wurde die Baugenehmigung beantragt, die 2011 durchgewunken wurde. Im Februar 2017 startete dann das 21-Millionen-Euro-Projekt. Am 18. Februar 2019 wurde um 13.35 Uhr als symbolischer Akt die Gedenkplakette enthüllt.

Auf einer Grundfläche von 4.692 Quadratmetern ist auf zwei Etagen mit einem ausgebauten Dachgeschoss der zeitgenössische Neubau entstanden, der sich gut in die bestehende Umgebung integriert und dessen Eingangsbereich auf der Seite zum Rathausplatz durch viel Glas einen Blick ins Innerere ermöglichen: „Diese Fassade steht für die Transparenz und die Offenheit der Justiz“, erklärte Justizminister Koen Geens (CD&V), der für die staatliche Immobilienverwaltung, die Gebäuderegie, zuständig ist. In den drei Gerichtssälen finden inzwischen die Verhandlungen aller Abteilungen statt, einige von ihnen warten aber noch auf den Umzug an den Rathausplatz, da die zweite Phase gerade erst angelaufen ist.

„Dieses Projekt ermöglicht es der Justiz, die notwendige Zusammenführung ihrer Dienste zu verwirklichen. Durch die Unterbringung aller Eupener Gerichte an einer Stelle wird die tägliche Arbeit der Justiz erleichtert und optimiert“, sagte Geens und fügte hinzu: „Dieses neue Gebäude wurde in einem modernen Architekturstil entworfen und gewährleistet die Sicherheit von Personal und Bürgern. Darüber hinaus erfüllt es die Kriterien einer hohen Energieeffizienz und spiegelt das Engagement der Föderalregierung für nachhaltige Entwicklung wider.“

Das Projekt, das am Ende 8.221 Quadratmeter umfasst, wurde im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft durchgeführt. Die Gebäuderegie ist der Auftraggeber und Autor des Projekts, während Befimmo Eigentümer und Bauherr ist. Die Gebäuderegie mietet nun für die Dauer von 25 Jahren und hat eine Kaufoption am Ende des Mietvertrages.

Gerichtspräsident Charles Heindrichs fungierte am Montag als „Hausherr“ und führte eine der Gästegruppen durch das „moderne und effiziente Haus“, wie er es selbst bezeichnete. Dabei durften nicht nur Blicke in die Büros, sondern auch in die Zellen im Keller geworfen werden. Fotoaufnahmen waren hier aber nicht gestattet.

Ministerpräsident Oliver Paasch (ProDG) erinnerte an die zahlreichen politischen Interventionen, die auf dem Weg hin zu dieser Einweihung erforderlich waren, und dankte explizit den beiden PFF-Politikern Berni Collas (+) und Katrin Jadin für ihr Engagement in Brüssel. Das Gebäude, so Paasch, gebe den deutschsprachigen Belgiern die Gewissheit, sich auch künftig in ihrer Muttersprache an die Justiz wenden zu können. In den vergangenen 31 Jahren sei der eigene Gerichtsbezirk im Zuge von Reformen gelegentlich gefährdet gewesen, doch habe man dieses Szenario dank eines parteiübergreifenden Zusammenschlusses verhindern können. „Der Ostbelgier hat das Recht auf Recht in seiner Muttersprache. Ich hoffe, dass die Notwendigkeit eines eigenen Bezirkes nicht mehr in Frage gestellt wird“, unterstrich der Ministerpräsident.

Bürgermeisterin Claudia Niessen (Ecolo) freut sich über die bauliche Aufwertung in diesem Viertel. Das Gericht habe nun den Anfang gemacht. Der Umzug in das neue Verwaltungsgebäude steht für die Stadt unmittelbar bevor, und die Planung zu einem neuen Wohnviertel in der Simarstraße gehen in die Endphase. „Auf gute Nachbarschaft“ schenkte sie dem Nachbarn eine Spalierlinde zur Begrünung der Anlage.

Noch wird am Rathausplatz weiter gebaut, denn in den beiden angrenzenden Gebäude ist man erst am Anfang. Hier sollen bis Ende des Jahres die Räumlichkeiten für Arbeitsgericht, Arbeitsauditor, Unternehmensgericht, Friedensgericht und Anwaltskammer untergebracht werden.

Derzeit laufen die Entkernungsarbeiten auf Hochtouren, wie Architektin Dominique Bourseaux von der Gebäuderegie bestätigte. Abgesehen von einigen tragenden Wänden wird nicht viel von der bestehenden Bausubstanz übrig bleiben. Die provisorische Abnahme der Arbeiten ist für den 26. Dezember 2019 vorgesehen. Da an diesem Tag Bauferien sind, ist eine Verschiebung auf das nächste Jahr mehr als wahrscheinlich.

Von Heinz Gensterblum

Copyright © 2019 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten